

SPIEGEL Titel

CDU: „Der liebe Gott hat uns geholfen“

Fünf Prozent der Abgeordneten von SPD und FDP in Niedersachsen sind ihrer Koalition in den Rücken gefallen, Menschen, so FDP-Hedergott, „ohne Anstand und

Zivilcourage“. Die Koalition in Bonn zeigte Wirkung. Die Aussicht, am 3. Oktober nur eine Fünf-Prozent-Mehrheit zu erringen, lähmt und aktiviert Schmidt wie Genscher.

Der Kanzler nahm sich Zeit für die schönen Künste. Zwei Stunden lang widmete sich Helmut Schmidt am vergangenen Donnerstagabend von 18 Uhr an im Gespräch mit seinem Studienfreund, dem Hannoveraner Bau-Professor Gerhart Laage, dem Problem, wie der nüchterne Kanzleramtsneubau aus Glas, Stahl und Beton durch Bilder und Plastiken gefälliger herzurichten sei.

Die beiden Freunde verständigten sich darauf, daß bei der ästhetischen Verfeinerung der Regierungszentrale Bauhaus-Künstlern der Vorzug gegeben werden solle. Von der Tagespolitik, so mußte und sollte es dem Gast erscheinen, war der Bonner Kanzler an diesem Donnerstag nicht abgelenkt.

Doch dann verließ Schmidt die demonstrative Gelassenheit, die er sich selbst auferlegt hatte. Nach einem kurzen Abstecher ins Parteipräsidium der SPD eilte der Regierungschef dorthin, wo er die schlechten Nachrichten ganz frisch erwarten durfte, in die niedersächsische Landesvertretung an der Bonner Dahlmannstraße.

Dort, im Wappensaal der Vertretung, hockten schon die SPD-Bundestagsabgeordneten aus Niedersachsen beisammen und rätselten über das Unbegreifliche: die Wahl des CDU-Mannes Ernst Albrecht zum Ministerpräsidenten von Niedersachsen, wo SPD und FDP die Mehrheit haben, und die Abfuhr des SPD-Mannes Helmut Kasimier, der an diesem Tage eigentlich hatte Ministerpräsident werden sollen. Bei den Mehrheitsverhältnissen, 78 SPD/FDP-Stimmen gegen 77 der CDU, war klar: Einer aus den eigenen



Albrecht-Sieg in Hannover, Brandt-Sieg in Bonn 1972*: Verkehrte Rollen



* Mitglieder der Koalitionsfraktionen gratulieren Kanzler Brandt nach dem gescheiterten Mißtrauensvotum.

„Überhaupt nie nach etwas gedrängt“

Niedersachsens verheimerter Ministerpräsident Kasimier

Vor der Wahl im Landtag, die ihn eigentlich zum niedersächsischen Ministerpräsidenten machen sollte, hatte ihm einer vorgerechnet, wie leicht alles auch schiefgehen könnte. Da ist Helmut Kasimier, wie er erzählt, „fuchsteufelswild“ geworden, wie noch immer, „wenn einer sich zur Wahl stellt, weil er auch weiß, daß er gewinnt“.

Kasimier hat sich gestellt, weil Partei und Fraktion das so gewollt haben. Er hat sich auch beileibe „nicht gemeldet“ dazu, wie er sich „überhaupt nie nach etwas gedrängt“ hat, es sei denn, es ist Mühe und Arbeit gewesen, „das würde“, sagt er, „nun total meiner Art widersprechen“.

Immer etwas blaß um die Nase, immer schon etwas gebeugt trotz seiner erst 49 Jahre, ist es seine Art, sich abzuplacken, ohne erst mal an sich selber zu denken: „Ich bin kein Typ, der Politik als Show empfindet.“ Deftige niedersächsische Fröhlichkeit ist dem Breslauer fremd geblieben, wenn er mal lächelt, dann leise.

Vier Jahre war der brave Mann gerade Abgeordneter, als die SPD-Fraktion ihn 1967 zum Vorsitzenden wählte. Daß, im vorigen Landtag, die SPD-Alleinregierung mit auch schon nur einer Stimme Mehrheit glatt über die Runden kam, gilt als sein Verdienst. „Ich habe mich“, erklärt er, „nie der einen Gruppe zugesellt und die andere damit vernutzt.“

„Im echten Sinne links“ ordnet er sich gleichwohl ein, nämlich „im Gegensatz zu manchen Theoretikern“, zu denen der Praktiker Kasimier nun wirklich nicht gehört, und als „nicht vom Marxismus, sondern vom Milieu geprägt“. Das ist vom Vater auf ihn gekommen, der Maurerpolier war und „Sozialdemokrat von der Sorte, die das theoretisch nicht begründen könnten, für die das selbstverständlich war“. Daheim in Breslau, Eltern und vier Kinder in anderthalb Zimmern, war es das.

„Nichts weiter“ als die Volksschule hat Kasimier dort durchlaufen und dann die Kaufmannsgehilfenprüfung gemacht. Bei den Panzergrenadiern ist er im Juni 1944, siebzehn Jahre alt, noch Soldat geworden. Kurz vor Kriegsende kam



Sozialdemokrat Kasimier
Plackerei ohne Show

er mit gebrochenen Beinen ins Lazarett und in Gefangenschaft.

Als Bauhilfsarbeiter, noch an Stöcken humpelnd, ließ er sich nach Hannover entlassen, arbeitete auch eine Weile als Zeitungspacker und meldete sich am Maifeiertag 1947 bei der SPD. Nach einem Jahr war er als Juso-Sekretär hauptamtlich angestellt, für 230 Mark im Monat, und heiratete Juliane („Lia“) Hellmich, der das Leben bis dahin auch nichts geschenkt hatte: Aus Prag hatte die sozialdemokratische Familie vor Hitler nach Schweden emigrieren müssen, dort säumte das Mädchen, statt Musik zu studieren, sieben Jahre lang Hemden am Fließband.

In ihrem Atrium-Heim in Bothfeld, auch nicht die schickste Gegend von Hannover, sehen die beiden — die Tochter ist Studienrätin, verheiratet und aus dem Haus — sich meist erst zu nachtschlafender Zeit, wenn „der Helmut“ reichlich kaputt aus dem Kabinett oder von der Basis zurückkehrt; da bleibt, bevor die Politik noch mal diskutiert wird, kaum Zeit für eine Langspielplatte oder für Tischtennis im Keller. Dort unten ist auch ein Raum für Bierpartys verbrettert worden, aber keine Flaschen, Akten lagern an der Wand.

Ein bißchen bieder, ein bißchen abgekämpft, ein bißchen Mittelmaß — „daß solche Leute nach vorn kommen“, erklärt Kasimier sich selber, „das wohnt der Demokratie tendenziell inne“. Daß sie dabei scheitern können, allerdings auch.

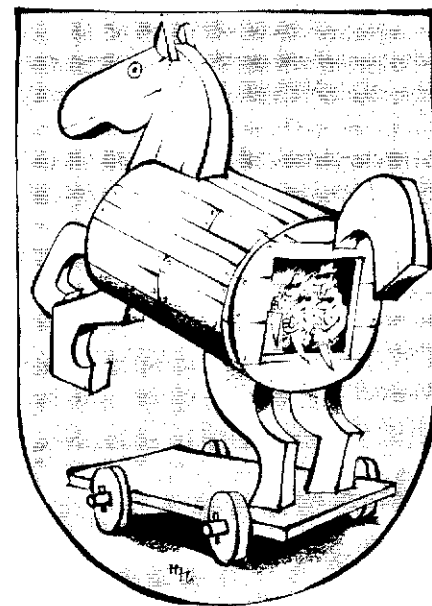
Reihen hatte dem Gegner zum Sieg verholfen, drei trugen durch Stimmentzug dazu bei.

Ratlos waren Kanzler und Genossen. Was nun: Würden sich die Abtrünnigen enttarnen? Kann sich Albrecht halten? Vor allem aber: Welche Folgen hat der Schock von Hannover für die sozialliberale Koalition zu Beginn des Bundestagswahlkampfes, war er die Tendenzwende zugunsten der Union?

Die Brisanz der Fragen war so offenkundig, daß die professionellen Meinungsmacher historische Dimensionen bemühten. Ein „Waterloo der sozialliberalen Ära“ machte die „Augsburger Allgemeine“ aus, in der Herbert Wehner hin und wieder leitartikelt. Die Bonner „Welt“ sah in dem Knall-auf-Fall-Regierungschef Albrecht von der CDU den „unerwartetsten Sieger auf deutschem Boden seit Hermann dem Cherusker“. Und der Bremer „Weser-Kurier“ belächte das deutsche Trauma vom Ersten Weltkrieg: „Ein ‚Dolchstoß‘ traf die Koalition.“

Es war ein Auftakt des Wahljahres, wie ihn keiner erwartet hatte und sich kaum einer vorstellen konnte, am allerwenigsten Bonn. Die sozialliberale Koalition wirkte zur Jahreswende so geschlossen wie lange nicht, mit der Wirtschaft ging es aufwärts, Mitbestimmung war keine Streitfrage mehr, die Prognosen standen so gut wie nie; seriöse Umfragen sahen Kanzler Schmidt zehn Punkte vor seinem Unionsrivalen Helmut Kohl, die FDP des Außenministers Hans-Dietrich Genscher glaubte schon an zweistellige Prozentzahlen beim Wahlergebnis.

Die Wahl '76 schien für die Koalition, so ein Hamburger SPD-Funktionär, „schon so gut wie gelaufen“, und das hatte sich wohl insgeheim auch der



tz, München

Das Niedersachsen-Roß — trojanisch

CDU/CSU-Opposition mitgeteilt. Ein unsicherer Helmut Kohl, ohnedies kein Strahlemann, ein quertreibender Strauß und der Mangel an überzeugenden politischen Alternativen — mit alledem hatte die Union wenig Aussicht, im Herbst Staat zu machen in Bonn.

Selbst erklärte CDU-Anhänger konnten sich bei demoskopischer Befragung nichts anderes vorstellen, als daß der Sozialdemokrat Schmidt der nächste Kanzler sein werde: jene Figur, von der Sicherheit ausging, als sich Unsicherheit breitmachte, mitten in der Wirtschaftsflaute, nach Guillaume und dem Rücktritt Willy Brandts.

Was sich so übersichtlich, so eindeutig darbot in der politischen Szenerie, war mit einem Male wieder ungewiß und voller Imponderabilien. Die geheime Abstimmung über zwei niedersächsische Politiker, deren Namen bis zur letzten Woche nicht mal den einheimischen Friesen und Bückeburgern geläufig waren, gewann, jedermann deutlich, Bedeutung für die Bundespolitik.

Daß das Ereignis „für die Opposition für den Bundestagswahlkampf dieses Jahres erstmalig eine deutliche Verbesserung ihrer Chancen mit sich bringt“, bekannte Kanzler Schmidt unumwunden vor dem Bundestag, und es war zugleich unüberhörbar ein Appell zur Geschlossenheit an die eigene Partei: „Wir unterschätzen dies keineswegs.“

Die Opposition selber, Helmut Kohl: „Jetzt ist deutlich spürbar, daß der Geist Konrad Adenauers wieder bei den seinen ist.“ Und sein Fraktions-Sprecher Eduard Ackermann wußte es sich nicht anders zu erklären: „Der liebe Gott hat uns geholfen, es kann nicht anders sein.“

Das Wunder an der Leine könnte, so hoffen christdemokratische Wahlstrategen, den Anfang vom Ende des sechsjährigen sozialliberalen Regiments in Bonn anzeigen. Kohl: „Die Spuren von Hannover werden wir im Oktober in Bonn sehen.“

Mit kaum unterdrückter Schadenfreude sah die Union ein Schauspiel, das sie selber, mit verkehrten Rollen, auch schon dargeboten hatte: beim Fall Barzel. Wie nach dem überraschend gescheiterten konstruktiven Mißtrauensvotum des Rainer Barzel im Frühjahr 1972 SPD-Kanzler Willy Brandt im Bundestagsplenum von seinen Gefolgsleuten umjubelt wurde, so umringten diesmal triumphierende CDU-Abgeordnete den Überraschungssieger Albrecht im hannoverschen Landtag.

Und wie sich damals die Union in einer quälerischen Suche nach den Verärrern in den eigenen Reihen verfiel, so schleicht sich nun bei den Sozialliberalen gefährliches Mißtrauen ein. Die Partner verdächtigen einander, die vier Dissidenten, immerhin fünf Prozent des sozialliberalen Bestandes in Hannover, kämen aus dem Lager des

„Regieren, das eigentlich Interessante“

Niedersachsens neuer Ministerpräsident Albrecht

Die Ochsentour ist bei ihm „nicht drin, das sollen Leute machen, denen das liegt“. Er braucht vielmehr von vornherein das Gefühl, daß schon seine pure Anwesenheit sich lohnt, „daß die Partei oder der Staat ein Bedürfnis empfindet“, oder sei es, wie nun geschehen, wenigstens ein einziger Abgeordneter.

Die niedersächsische CDU hat ihr Bedürfnis an Ernst Albrecht, 45, erst vor sechs Jahren empfunden, umgekehrt auch der Doktor der Volkswirtschaft, Mitglied dieser Partei zu werden. Das war, als CDU-Landeschef Hasselmann sich rüstete, Regierungschef in Hanno-

tisch weiterzumachen. „Es wäre“, erklärt er, „kurzsichtig von der Industrie, wenn sie die größten Begabungen unseres Volkes monopolisierte.“

Als Begabung mag der Heidelberger, der zu seinen Ahnen einen Generalzolldirektor des Königreichs Hannover zählen kann, wohl durchgehen. Das Abitur machte er pünktlich mit achtzehn, studierte Theologie und Philosophie in Tübingen, sogar in Amerika, schließlich bei Karl Jaspers in Basel. Der Philosoph riet ihm, praktisch zu werden, da lernte Albrecht auch noch Volkswirt.

Mit 24 war er Attaché bei der Montanunion, und mit derselben Windeseile avancierte er als niedersächsischer CDU-Politiker, der er dann plötzlich geworden war. „Ich habe“, sprach er, als er begann, „diese Furche angepflügt, nun will ich sie auch zu Ende pflügen.“ Vergangenes Jahr beschloß Parteichef Hasselmann, der seine Herrschaft mählich dahinschwinden sah, niedersächsische CDU-Politik mit „zwei Mann an einer Deichsel“ zu machen, der eine er, der andere, als künftiger Kandidat für die Ministerpräsidentenschaft, Albrecht. Der war einverstanden. „Das eigentlich Interessante an der Politik“, befand er gleich, „ist das Regieren.“

Und schnell stand für Ernst Albrecht auch fest, daß er nun nicht mehr sein „Leben als Industrieller beenden“ wollte, sondern: „Meine Entscheidung für die Politik ist hiermit gefallen.“ Anzusehen ist es ihm immer noch nicht: ein bißchen jung, ein bißchen glatt, ein bißchen Bachelor of Arts, der er auch ist.

Zu Hause, mit einer promovierten Gattin, die ihn „Percy“ ruft, und sechs Kindern, streicht er das Cello, sammelt Möbel und Spielzeug, benötigt er die „blühende Wildnis“ seines Bauernhausgartens und lächelt auch noch bei den „kurzen Sprints“, die ihn fit halten sollen.

Fit und elastisch ist er auf eine Weise, die nicht befürchten läßt, daß ihn unvorhergesehene Ereignisse wanken lassen könnten. Die Abstimmung des Landtags, die ihn zum Ministerpräsidenten machte, erklärte er, ohne groß Luft zu holen, zwar für „eher überraschend“, nahm sie dann aber wie eine bare Selbstverständlichkeit entgegen — als sei ihm mitgeteilt worden, bei Bahlsen gebe es wieder mal einen neuen Keks.



Christdemokrat Albrecht
Karriere mit Netz

ver zu werden, und Ausschau nach jemandem hielt, den er zu seinem Wirtschaftsminister machen konnte. Ein Lobbyist aus der Chefetage der hannoverschen Keks-Fabrik Bahlsen nannte einen Unbekannten: Albrecht.

Der saß damals auf einem 100 000-Mark-Job in Brüssel, mit 37 Jahren Generaldirektor für Fragen des Wettbewerbs bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften und damit beschäftigt, „den Kartellen auf die Finger zu klopfen“. Nun zog er, „ohne Netz“, aus, Landesminister zu werden, aber nachdem er mit Hasselmann gescheitert war, hatte er doch ein Netz unter sich: Die Firma Bahlsen bestellte ihn zum Geschäftsführer und Finanzdirektor.

Der zierliche Albrecht, von derberen Parteifreunden „Ernstchen“ geheiß, schloß den Bahlsen-Vertrag unter der Bedingung, auch poli-



Betroffener Kanzler in Bonn*
„Die Spuren von Hannover ...“

len im Herbst dieses Jahres zur Union hinüberpendeln.

Umgekehrt beziehen liberale Strategen, noch spekulativer, wieder eine Große Koalition von SPD und Union ins Kalkül ein, die sie von der Mitmacht verdrängen könnte.

Nicht minder unheilvoll für das Bündnis wäre es, wenn sich im Spektakel von Hannover erneut innere Brüchigkeit der Sozialdemokratie offenbarte — diesmal nicht an der Spitze, sondern an der Basis. Denn daß Genossen den SPD-Mann Kasimier im Stich ließen und damit Gefahr für Bonn heraufbeschworen, ausgeschlossen schien auch das nicht, eher glaubhaft. Es wäre nicht die erste Krise, die sich aus mangelnder Solidarität ergeben hätte.

Dabei hatten sich die Sozialdemokraten in Niedersachsen unter den norddeut-

nen, sich mitten in der Legislaturperiode in sein Harzhaus nach Braunlage zurückziehen und die Geschäfte einem anderen Genossen zu übergeben.

Zwar sah Kasimier ein, daß seine Amtsübernahme „in die blödeste Phase der Politik“ falle, „denn rundherum läuft alles schlecht, bei den Finanzen angefangen“, aber die Misere war schließlich nicht ihm, nicht Kubel, nicht der hannoverschen Koalition anzulasten. Der Regierungswechsel schien nur Formsache, wenn es in der SPD-Fraktion auch Ärger mit Genossen aus der Provinz gab, die sich mit den Plänen über eine Kreisreform des lokalen Prestiges wegen nicht abfinden mochten. Aber, so versicherten die Genossen sich gegenseitig, die Kreisreform sei eine, Kasimiers Wahl eine ganz andere Sache.

Und ausgelöscht schien auch die Erinnerung daran, daß schon bei der Wahl Kubels zum Regierungschef ein Abgeordneter ausgesichert war — wohl aus Versehen, wie es bald hieß: „Da war einer noch nicht ganz nüchtern vom Abend vorher.“ Ausgelöscht erst recht der Gedanke an das tragikomische Ende der großen Niedersachsen-Koalition aus SPD und CDU Anfang 1970, als es den Christdemokraten mit der von ihrem Abgeordneten Bruno Brandes entwickelten „Greifvogel“-Taktik gelang, so viele Abgeordnete von FDP, NPD und sogar SPD zu sich herüberzuziehen, daß an Regieren nicht mehr zu denken war und der Landtag aufgelöst werden mußte.

„Kann doch wohl nicht wahr sein, Sauerel.“

Guten Mutes also zogen die 78 Abgeordneten von SPD und FDP am Mittwoch voriger Woche in den mit einem Niedersachsenroß verzierten Plenarsaal des Landtags, hörten, feierlich dunkel gekleidet, die Abschiedsworte Kubels, sammelten sich, Sektkelche in der Hand, im Gobelinsaal um Helmut Kasimier und seine Frau Juliane, sprachen „toi, toi, toi“ und „wird schon werden“ und fanden sich dann zur, wie es scheinen mußte, beinahe überflüssigen Stimmabgabe wieder auf ihren Sitzen ein.

Eine Stunde später zogen sie, als folgten sie einem Sarg, mit k Reideweissen Gesichtern, in ihre Fraktionszimmer zurück, auf den Lippen, kaum hörbar, nur: „Nicht zu glauben, kann doch wohl nicht wahr sein, Sauerel“:

Von den 155 geheim abgegebenen Stimmen waren drei ungültig gewesen. Statt der erforderlichen 78 hatte Kasimier nur 75 bekommen, die CDU aber hatte alle ihre 77 Kreuze ihrem Kandidaten Albrecht gegeben.

Im ersten Augenblick des Schreckens war Kasimier, noch blasser als sonst, drauf und dran, den Kram hinzuwer-



... werden wir in Bonn sehen“: **Feiernde CDU-Prominenz in Hannover***

anderen — und das Mißtrauen wird wohl bleiben. Denn für die Abtrünnigen besteht kein Zwang, sich zu erkennen zu geben.

Wieder, wie in der vorigen Legislaturperiode, macht sich unter den Koalitionspartnern die Furcht vor knappen Mehrheiten und unberechenbaren Reaktionen breit. Schon wächst unter den Sozialdemokraten der Argwohn, die Freidemokraten könnten bei einem knappen Ausgang der Bundestagswahl

schen Genossen noch ganz ordentlich gemacht. Bei der letzten Landtagswahl im Juni 1974, laut Willy Brandt „die wichtigste Entscheidung“ seit seiner Kanzlerwahl von 1972, hatten sie es vermocht, die Serie sozialdemokratischer Niederlagen überall im Bund zu beenden und, wenn nun auch zusammen mit der FDP, in Hannover an der Regierung zu bleiben.

Zwar war bei dieser Wahl die CDU mit 48,8 Prozent zur stärksten Partei im Lande geworden. Aber Alfred Kubel regierte, mit einer Koalitionssstimme Mehrheit im Parlament, sein SPD/FDP-Kabinett so sicher, daß er glaubte, auf seinem Plan bestehen zu kön-

* Oben: mit SPD-Bundesgeschäftsführer Börner und SPD-Vorstandsmitglied Ehmke nach der Fraktions-sondersitzung am Donnerstag letzter Woche; unten: Albrecht, Kohl, Hasselmann im Interconti.

fen: „Ein grausames Geschäft.“ Und als ein Sozialdemokrat meinte, es sei doch Mittag, ob man nicht erst mal ins Restaurant gehen wolle, bekam er zu hören: „Wie kann man in dieser Situation bloß an Essen denken.“

Bald jedoch dachten sie wieder daran. Schließlich war auch der CDU-Mann Albrecht nicht gewählt und sah sich, wie er gestand, auch „noch längst nicht“ als nächster Regierungschef. „Das war“, trösteten die Genossen sich, „ein Schuß vor den Bug, morgen wird alles anders.“ Peter von Oertzen scherzte: „Was wir heute erlebt haben, war das erste Programm, morgen kommt das zweite“ — ihm hatte am Telefon Helmut Schmidt angekün-

digt: „Wenn das morgen nicht in Ordnung geht, gibt das 'ne bundesweite Katastrophe.“

Am Tage darauf also, am Donnerstag, sollte der Schaden sogleich behoben werden, durch schnelle Wiederholung des verunglückten Wahlakts. Bei der FDP versicherten unterdes alle elf Abgeordneten einzeln, sie hätten korrekt gestimmt und würden das abermals tun, und wie hier fand auch in der SPD-Fraktion eine geheime Probeabstimmung statt, auf Stimmzetteln, die mit Schreibmaschine getippt waren: „Ich werde bei der Wiederholungswahl, bei der wiederum Helmut Kasimier für das Amt des Ministerpräsidenten kandidieren soll, Helmut Kasimier

RUDOLF AUGSTEIN

Die Jein-Kurve

Kein Zweifel, der Abstimmungssieg der CDU in Hannover, ob nun Glück oder Glück mit tieferer Bedeutung, hilft der Union. Kein Zweifel aber auch, daß er ihr eine enorme Verlegenheit beschert: den zustimmungspflichtigen Teil der Polen-Vereinbarungen können die von CDU und CSU regierten Länder um so schwieriger passieren lassen, je mehr Stimmen sie im Bundesrat aufzubieten haben.

Aus deutscher und französischer Parlamentsgeschichte ist die Praxis bekannt, die Opposition gegen ein unliebsames, aber notwendiges Vertragswerk nur so weit zu treiben, daß die Opposition sich beliebt machen, das Vorhaben selbst aber durchgehen kann. Klassisches Beispiel: die Abstimmung im Reichstag über den Dawes-Plan 1924.

Damals hatte eine Kommission unter dem amerikanischen Finanzmann Dawes (Friedensnobelpreis 1925) einen Plan entworfen, der die Zahlung der deutschen Reparationen regelte und das Reich wieder kreditwürdig machte. Die Deutschen bekämpften den Vertrag bis aufs Messer; aber scheitern lassen mochten sie ihn nicht.

Zu seiner Durchführung war eine verfassungsändernde Zwei-Drittel-Mehrheit notwendig, und so teilte sich denn die Fraktion; 52 hielten an ihrem Nein fest, 48, ermutigt von der Parteiführung, stimmten dafür. Vergebens schrie der Reichstagsabgeordnete Ludendorff: „Ich habe vor zehn Jahren Tannenberg gewonnen. Sie haben heute hier das jüdische Tannenberg gemacht.“

Damals, ohne Funk und Fernsehen, funktionierte so etwas noch.

Heute sieht nicht sehr schön aus, wer solche Jein-Politik praktiziert, nur weil er nicht Farbe bekennen will. In seiner Jein-Kurve zu den Ost-Verträgen ist schon der CDU-Präsident Barzel aus der Bahn getragen worden. Will man ihn kopieren?

Bislang gab es da ein Feigenblatt: Die Saar-Regierung, mit 25 zu 25 Sitzen im Landtag, ist de facto nur eine geschäftsführende, ist auf die Toleranz der FDP angewiesen. Sie, als das kleinste und schwächste Glied in der Kette der von CDU und CSU regierten Länder, schien bislang ausersichen, programmgemäß nachzugeben und die Folgen des verlorenen Krieges mit abzutragen.

Soll dem nun ein niedersächsisches Feigenblatt zugesellt werden, weil auch eine Regierung Albrecht entweder eine Minderheitsregierung mit 77 zu 78 Sitzen (von Stimmen wagt man gar nicht zu schreiben) oder eine Regierung mit denkbar knapper Mehrheit wäre? Niedersachsen hat 7,2 Millionen Einwohner und ist nach Bürgerzahl das viertgrößte Bundesland.

Will man einen ganzen Kranz von Feigenblättern, demnächst vielleicht auch noch in Schleswig-Holstein, nur weil man nicht die Kraft und die Geschlossenheit hat, ja zu einer Vereinbarung zu sagen, die man zu Fall bringen könnte, wenn man es nur ehrlich wollte? Aus der Christen-Union kann trotz Niedersachsen nichts werden, solange sie ihr pseudonationales Falschspiel im Parlament nicht aufgibt.



Sozialdemokraten Kasimier, Kubel*
„Rundherum läuft alles schlecht“

meine Stimme geben.“ Ergebnis: 100 Prozent ja in beiden Fraktionen.

Manche Genossen wurden eine ungute Ahnung dennoch nicht los, so Ernst-Georg Hüper, der Finanzminister werden sollte. Ihm, der die drei ungültigen Stimmen schon so gewertet hatte, „daß wir nicht mehr regierungsfähig sind“, schwante nun: „Wenn es morgen wieder nicht klappt, dann ist einer auf dem Wege.“

So war's denn auch. Nach dem Mittwoch-Schuß vor den Bug, den Abgeordnete abgefeuert haben mochten, die mal zeigen wollten, was eine Harke sein kann, kam es am Donnerstag, knapp 24 Stunden später, zu einem Volltreffer. Die Detonation ereignete sich gleichsam in Zeitlupe, als Landtagspräsident Heinz Müller bekanntgab, was nun passiert war — stimmberichtigt: 155 Abgeordnete, abgegebene Stimmen: 155, gültige Stimmen: 152, ungültige Stimmen: drei; das war, wider alles Erwarten, dasselbe wie am Tag zuvor.

Dann aber wurde alles und allen anders: Für Albrecht stimmten 78, für Kasimier 74 Abgeordnete. Da begannen Kasimiers Lippen zu zucken, da fiel seinem Nachbarn Helmut Greulich der Kopf zwischen die Hände, da brauchte Albrecht, durch irgendeinen Widersinn zum Ministerpräsidenten gewählt, „zwei Sekunden, um das zu verstehen“, da blieb es, als der sozialdemokratische Trauerzug sich abermals aus dem Plenarsaal schleppte, nicht mehr bei ungläubigen Äußerungen;

* Nach der Abstimmungsniederlage im niedersächsischen Landtag.



Die Götter sind wieder da!

Jetzt fehlen nur noch Sie!

Die Zeit, da Zypern von den Göttern verlassen war, liegt fast schon wieder weit zurück. Natürlich ist nicht alles beim alten geblieben, aber – die Sonne scheint wieder! Auf Limassol. Dunkel-sandige Strände vor göttlichen Weinkelereien. Auf Paphos. Die liebeliche Fischer- und Gartenstadt, umgeben von feinsandigen Stränden. Auf Larnaca. Palmenüberschattetes Städtchen, direkt am Meer – Treffpunkt der Feinschmecker.

Und natürlich auf Zypern: rundum kristallklares, stets warmes Wasser. Einsame, endlos lange Strände. Kühle, tiefe Wälder. Berge. Weine und Speisen von der allerbesten Art. Folklore. Tempel und Paläste vergangener Götter. Und über alldem: 340 Tage nichts als Sonnenschein. Sie sind willkommen. In 3 Stunden sind Sie hier.

ZYPERN · So einfach sind die Götter nicht kleinzukriegen.

Führende deutsche Reiseveranstalter haben uns wieder im Programm.

COUPON

Gegen Einsendung dieses Coupons erhalten Sie umgehend unsere farbigen Informationsprospekte.

Name _____
PLZ _____ Wohnort _____
Straße _____

RP 012



Fremden-verkehrszentrale
Zypern
6 Frankfurt/Main 1,
Kaiserstraße 13,
Telefon 0611/28 47 08

ZYPERN

So einfach sind die Götter nicht kleinzukriegen.

„Niedertracht“, war nun zu hören, und: „Menschliche Säue.“

„Wo bist du, Brutus?“ hatte der SPD-Abgeordnete Kühbacher schon im Plenarsaal herausgeschrien, und die Suche nach dem Täter, nach jenem Abtrünnigen, der nun nicht nur ungültig, sondern sogar für CDU-Albrecht gestimmt hatte, war von dieser Minute an „das einzige, was uns jetzt noch interessiert“, so ein SPD-Fraktionshelfer.

Doch auch der Freitag brachte keine Klarheit, im Gegenteil. Der gewählte Ministerpräsident Albrecht konnte den Koalitionsabgeordneten, der ihn am Vortag gewählt hatte, nicht beibringen und antwortete auf die Frage des CDU-Landtagspräsidenten Heinz Müller, ob er seine Regierung vorzustellen in der Lage sei, mit einem knappen „Nein, Herr Präsident“.

Eine Stunde später gar war es im Niedersachsen-Landtag optisch wieder

durch die Landtagsparteien als wahrscheinlich. Erste Vermutungen der Genossen zielten auf Geschädigte der geplanten Kreisreform: Einige SPD-Abgeordnete hatten mehrfach deutlich gemacht, daß sie der Regierungsvorlage nicht zustimmen würden, solange ihre regionalen Interessen nicht hinreichend berücksichtigt seien.

Wenn aber ein Name genannt wurde, wenn es um den einzelnen, einen bestimmten Genossen ging, dann traute keiner einem anderen die Sache zu, etwa dem Cuxhavener Oberbürgermeister Werner Kammann. Zwar, dessen Stadt soll die Kreisfreiheit verlieren, die eine Albrecht-Regierung bewahren würde, aber selbst Christdemokraten hielten es für abwegig, daß Kammann deshalb schwach hätte werden können.

Über den alles entscheidenden vierten Abtrünnigen kursierten, je nach politischem Blickwinkel, die unterschied-



Niedersächsische FDP-Fraktion: Neuwahlen zu gefährlich?

so, als sei nie etwas gewesen. Da votierten bei der offenen Abstimmung über das Personalvertretungsgesetz alle 78 Abgeordneten der SPD/FDP-Fraktion für die Regierungsvorlage, die CDU war mit ihren 77 Männern, wie gehabt, in der Minderheit. Von der Regierungsbank sah sich der amtierende Ministerpräsident Alfred Kubel mit seinem Kabinett die Posse an.

Manches sprach Ende letzter Woche dafür, daß es vorerst so weitergehen könnte. Denn die Koalitionsfraktionen hatten nach der Albrecht-Wahl, jede für sich, einstimmig festgestellt, daß ihr Regierungsbündnis unverändert fortbestehe. Wer immer dem CDU-Kandidaten die entscheidende 78. Stimme gab, er schien im dunkeln bleiben zu wollen.

Daß die drei Abgeordneten, die sich jeweils der Stimme enthielten, aus der SPD-Fraktion kommen, galt quer

lichsten Versionen. Viele Genossen, aber auch Christdemokraten tippten auf einen Liberalen. Denn in Niedersachsen sind die Freien Demokraten immer schon noch ein bißchen freier gewesen als anderswo, auch wenn sie ihre wildesten Zeiten inzwischen wohl hinter sich haben.

Jedenfalls gewann nun wieder an Bedeutung, daß der FDP-Abgeordnete Gustav Ernst aus Braunschweig bei der Kreisreformberatung im Innenausschuß des Landtags erst im Herbst aus der Koalitionslinie ausgebrochen war und in einer Detailfrage mit der CDU stimmte — dies, nachdem er bereits früher hatte wissen lassen, er werde einen sozialdemokratischen Kubel-Nachfolger erst mitwählen, wenn die Kreisreform verabschiedet sei.

Und neues Gewicht maßen Motivforscher im Landtag nun auch den Dif-

ferenzen bei, die zwischen Finanzminister Kasimier und dem FDP-Wirtschaftsminister Erich Küpker letztlich zu einer Fehde führten, die immer wieder auch das Kabinett beschäftigte: Küpker fühlte sich von Kasimiers Sparpolitik vorsätzlich und politisch derart eingeengt, daß er nicht anstand, von puren „Schikanen“ Kasimiers zu sprechen. Gehandelt wurde auch der Name Kurt Rehbein — ein FDP-Abgeordneter, den manche Sozialdemokraten schon länger für einen unsicheren Kantonisten halten.

Die Freidemokraten wiesen jeglichen Verdacht von sich und verkündeten, sie hätten ausnahmslos Kasimier gewählt. FDP-Sprecher Norbert Reitz hält sogar für denkbar, daß die vier Abweichler schon am Mittwoch genauso wie am Donnerstag gestimmt haben, die Kür Albrechts gleich im ersten Wahlgang freilich durch einen CDU-Dissidenten verhindert wurde — der dann, unwahrscheinlich genug, für Kasimier gestimmt haben mußte.

„Die Sozialliberalen werden nicht mit der CDU verhandeln.“

Daß da auch die Version vom gekauften Koalitionsabgeordneten umging, war gerüchtnotorisch. Prompt machte im hannoverschen Leineschloß das Wort von „eiskalten Profis“ die Runde, die hier am Werk gewesen sein mußten, aber der geübte Anwerber Bruno Brandes sprach kategorisch: „Da hat sich überhaupt nichts abgespielt.“ Sein Fraktionskollege Gerhard Glup tönte: „So was machen wir nicht. Aber wir haben natürlich bei den anderen viele Freunde, mit denen wir oft reden.“

Ohnehin würden skeptische Christdemokraten — bei aller Ausgelassenheit über den gelungenen Albrecht-Coup und bei aller Neugier auf den geheimen Dissidenten — es vorziehen, wenn sich der abtrünnige Koalitionär auch künftig versteckt hielte. Sie erinnern sich nur ungern an die Parteiwechsler, die vor sechs Jahren die niedersächsische Parlamentsszene bestimmten. CDU-MdL Karl Klare: „Wenn sich Mehrheiten auf diese Weise verändern, macht das beim Wähler keinen guten Eindruck.“

Der gewählte Ministerpräsident Ernst Albrecht betonte denn auch am Wochenende, er wolle durch Bildung einer Koalitionsregierung an die Macht kommen — ohne Aussicht auf Erfolg, denn die Sozialliberalen werden „keine Gespräche und schon gar keine Koalitionsverhandlungen mit der CDU führen“ (FDP-Fraktionschef Winfrid Hedergott).

Für seine Versuche, sich vom Landtag in offener Abstimmung ein Kabinett bestätigen zu lassen und damit die noch amtierende Regierung Kubel ab-

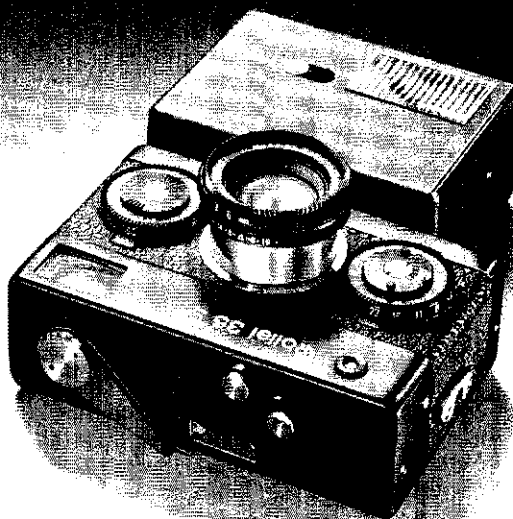
Von Rollei. Für Fotos.

Rolleis kleinste, perfekte Präzisionskamera für das volle Kleinbildformat: Rollei 35 S. Präzise Rollei-Mechanik, ein hochwertiges Sonnar*-Objektiv, ein zuverlässiger CdS-Belichtungsmesser. Von der Funktion zu vorbildlichem Design entwickelt.

Dazu ein Rollei-Kompaktblitzgerät. Hohe Leistung, konzentriert auf kleinem Raum. Mit NC-Akku oder Batterien. Computergesteuert oder mit konstanter Leitzahl. Zusammen eine komplette Fotoausrüstung, die Sie überall mit hinnehmen können.

Rollei

Fortschritt der Fotografie.



* Dieses Objektiv wird von Carl Zeiss, Oberkochen, W. Germany, oder in Lizenz von Carl Zeiss von der Rollei-Gruppe hergestellt.

Mexico Acapulco

Wöchentlich mit CONDOR-Jumbo-Jet von Frankfurt. 2 Wochen Flug und Hotel

ab DM **1220,-**

Eine Woche Mexico-City
bereits ab DM

850,-

BALI

2 Wochen mit Halbp. ab allen deutschen Flughäfen

ab DM **2710,-**

Rundreisen Java, Sumatra.

JAMAICA

Wöchentliche Flüge ab Frankfurt.
2 Wochen

ab DM **1860,-**

Komb. mit HAITI ab
DM **2090,-**

Prospekt in Ihrem
Reisebüro
oder von

Sofort
Prospekt
holen!
Lerramar
Die Spezialisten

6 Frankfurt,
Wilhelm-
Leuschner-
Straße 93

zulösen, hat Albrecht nach der Niedersachsen-Verfassung 21 Tage Zeit. Kommt es in dieser Frist zu keiner Regierungsbildung, weil das Kabinett vom Landtag in offener Abstimmung nicht akzeptiert wurde, ist Albrecht nicht länger der gewählte Ministerpräsident.

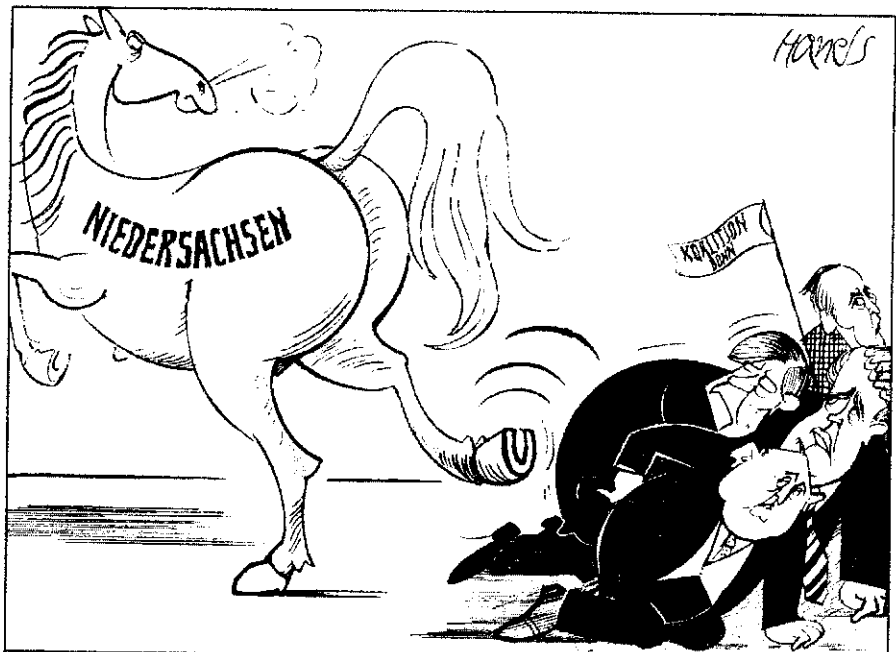
Danach beschließt das Parlament binnen zwei Wochen über seine Auflösung; wieder in offener Abstimmung. Ergibt sich auch dafür keine Mehrheit, folgt unverzüglich eine erneute Wahl des Ministerpräsidenten, der diesmal nur die einfache Mehrheit benötigt und sein Kabinett auch nicht mehr vom Landtag bestätigen lassen muß.

Da, wie sich bei der offenen Abstimmung am Freitag denn auch zeigte, auf den geheimen Gönner kein Verlaß ist, mithin für CDU-Albrecht auch keine reelle Aussicht besteht, ein Kabinett vom Landtag bestätigt zu bekommen,

Bürger ankommen mag, jedoch kaum durchzusetzen ist. Denn bei den FDP-Führern, die am Donnerstagabend in Genschers AA mit ihren Niedersachsen Groß und Fraktionschef Hedergott zusammentrafen, überwog die Skepsis. Zu gefährlich erschien es ihnen, zusätzlich zu dem von der Koalition schon verloren gegebenen Wahlgang von Baden-Württemberg auch noch ein Risiko in Niedersachsen einzugehen.

Dagegen sprach schon, daß man mit Kandidaten würde antreten müssen, die sich in den Augen mancher Wähler als unsichere Kantonisten erwiesen hatten — ein Bedenken, das nach der anfänglichen Lust auf Neuwahlen dann auch den hannoverschen Sozialdemokraten kam; sie haben außer dem zweimal gescheiterten Kasimier nicht viel vorzuweisen.

So wandte sich denn Ende letzter Woche die Aufmerksamkeit der Partei-



Schon wieder vom Pferd getreten

Kölner Stadt-Anzeiger

bot sich als naheliegender Ausweg an: Auflösung des Landtages, Neuwahlen.

Sozialdemokraten in Hannover erschien dies die „sauberste Lösung“, zumal der ehemalige SPD-Innenminister Richard Lehnert seine eigene Fraktion nicht mehr sonderlich hochschätzte: „Total im Arsch.“ Und als sich am Donnerstagabend, um 20.30 Uhr, das SPD-Präsidium in Bonn mit den Abgesandten aus Hannover, von Oertzen, Kubel und Fraktionschef Bernhard Kreibohm, zusammensetzte, kam auch Herbert Wehner gleich zur Sache: Dem Bürger solle klarwerden, daß die SPD, im Gegensatz zur CDU, für eine saubere Lösung, eben für Neuwahlen sei. Wehner hatte auch schon einen Terminvorschlag: den 4. April, den Wahltag in Baden-Württemberg.

Freilich konnte er sich ausrechnen, daß eine solche Forderung zwar beim

en schon wieder ab von Hannover, hin nach Bonn, wo sich eine veränderte Konstellation auswirken muß: im Bundesrat. Denn wenn CDU-Albrecht auch nur eine Minderheitsregierung zustande brächte, so würden

- ▷ im Bundesrat die CDU/CSU-regierten Länder ihre Mehrheit von 21:20 auf 26:15 Stimmen ausbauen,
- ▷ in den Ausschüssen des Bundesrates die CDU/CSU-Länder die 6:5-Mehrheit erringen, über die derzeit die SPD-Länder verfügen,
- ▷ im Vermittlungsausschuß, in dem die Sozialliberalen mit einer 12:10-Mehrheit die Oberhand haben, CDU und CSU mit 11:11 Stimmen gleichziehen.

Eine neue Mehrheit in den Bundesrats-Ausschüssen würde praktisch ohne Folgen bleiben, die Vermehrung der Unions-Stimmen im Plenum hätte nur

FLIGHT in English

Anglo-Continental Educational Group (ACEG) bietet Ihnen erstklassigen Englisch-Unterricht an 11 Schulen, mit 26 unterschiedlichen Kursarten, in London, Bournemouth und weiteren Orten.

Ausführliche Dokumentation unverbindlich durch ACEG, 23 Wilborne Road, Bournemouth BH2 6NA, England, Tel. 29 21 28, Telex 41 438 oder ACEG, Seefeldstrasse 17, CH-8008 Zürich-Schweiz, Tel. (041) 479 11, Telex 52 529

Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Vorname _____

optischen Effekt: Es bliebe bei der einfachen Mehrheit, die gesetzgeberisch wichtige Zweidrittelmehrheit nach wie vor unerreichbar.

Anders im Vermittlungsausschuß: Stimmengleichheit würde jedes strittige Gesetzesvorhaben blockieren.

Welch prekäre Situation sich für beide, Koalition wie Opposition, durch die Stimmenveränderung im Bundesrat ergeben könnte, erhellt am Beispiel der Polen-Verträge.

Bislang gingen SPD/FDP wie CDU/CSU davon aus, daß die Union ihre jetzige Ein-Stimmen-Mehrheit im Bundesrat nicht zu einem Veto gegen die Verträge nutzen würde, sondern daß sich das CDU-regierte Saarland der Stimme enthielte (auch dort eine Komplikation: Die CDU-Regierung steht einer stimmengleichen SPD/FDP-Opposition gegenüber).

Mit den Polen-Verträgen in den Wahlkampf?

CDU-Chef Kohl ließ in einem Brief an evangelische Kirchenmänner klar durchblicken, daß die Verträge trotz der Ablehnung durch die Union in der ersten Lesung des Bundesrats letztlich schon nicht scheitern würden. Den eigenen Leuten erzählte er, wegen des Patts an der Saar könne CDU-Ministerpräsident Franz Josef Röder nicht anders als ja sagen.

Nun muß Kohl, der sich gegenüber Strauß offiziell auf ein Nein zu den Polen-Verträgen festgelegt hat, damit rechnen, daß dieses zwielichtige Spiel mißlingt. Denn kann sich Albrecht in Hannover an der Regierung halten, dann würde sich der Stimmenvorsprung der Union so drastisch vergrößern, daß die Saar-Ausrede nicht mehr zieht. Dann nämlich wäre ein Ja zu den Polen-Verträgen nicht abgenötigte Zustimmung, sondern gewollter politischer Akt — das Gegenteil dessen, was die Union allenthalben propagiert.

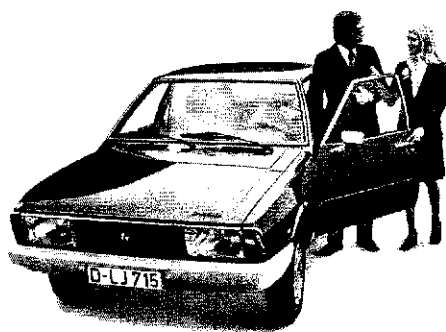
Ließe die Union die Verträge aber scheitern und es kämen, für 2,3 Milliarden Mark, die 125 000 Deutschen aus Polen nicht heraus — dann wäre die Polen-Sache mit Sicherheit Wahlkampfthema. Und niemand, auch die Union nicht, kann sicher sein, wem das nützt.

Die Führungsspitze der Sozialliberalen wäre in diesem Falle zwiespältig. Einerseits sagen ihr Untersuchungen, daß die Abmachungen mit dem Ostblock-Staat latente antipolnische Ressentiments in der westdeutschen Bevölkerung freisetzen — womöglich Stimmengewinne für die Union. Andererseits muß es sie reizen, die Opposition als antihumanitäre Entspannungsfeinde anzuprangern — womöglich Stimmengewinne für die Koalition.

Ob der Mann in Hannover, ohne Gesicht, aber mit Stimme, das bedacht hat? ◆

Warum arbeitet Lufthansa ausgerechnet mit Avis zusammen?

Lufthansa hat sich ausgerechnet, daß ihre Fluggäste damit bestens fahren.



Avis.

**Die Autovermietung
der Geschäftsleute.**